

Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag: R. und Deutscher Osten G. V. Berlin W 30, Mohrenstraße 44. Fernruf: B 5, Karabach 1014.
Polstischkowsky Berlin 684-10 — Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr. Otto A. Redel, Anz.-Verwalter: Müller, 2.
Druck: Druckhaus Spandau, Auf. Rudolf Schmidt, Segefelder Str. 35 — Geschäftsmonat: Januar. — Postbezugs-
preis jährlich 24 RM. 0.00 — Einzelnummer 2 RM. 0.20 und 2 RM. 0.05 Postgebühren. — Anzeigenpreisliste 2 — v. v. G.

Nr. 24

Berlin, den 15. Dezember 1935

16. Jahrgang

Ostbrücke oder Karpathenpaß

In letzter Zeit sind verschiedene Kräfte am Werk, um die Spannung, die zwischen Prag und Warschau besteht, zu beheben. In Polen selbst ist von den oppositionellen Parteien von Anfang an jede unfreundliche Regung gegenüber den Tschechen als unbegründet und für Polen gefährlich abgelehnt worden. Das nationaldemokratische Logos von der naturnotwendigen und ewigen Feindschaft zwischen Deutschland und Polen vertritt keine Zustimmungen Polens mit Staaten, die irgendwie und wann für Polen als Bundesgenossen gegen Deutschland in Betracht kommen könnten. Wichtiger als diese Kritik an der Außenpolitik des Obersten Laß, die jeder rechte Exultat als Ehrenfrage betrachtet, ist die Tatsache, daß die Polen in der Tschechei selber Einspruch gegen die übertriebene und aufreizende Art erhoben haben, in der sich die polnische Propaganda mit ihrem Schallal behält. So haben z. B. die bekannten Polenführer in der Tschechei, Gungner und Wolf, gegen die tschechoslowakischen Demonstrationen in Polen öffentlich Stellung genommen, und der stürmische Gemeinderat, in dem die Polen die stärkste Fraktion bilden, hat in einer Entschließung mit aller Entschiedenheit „die Ausbelegungsarbeit“ der staatspolnischen Presse und „die hegepolitischen Ueberfälle des Rattowier Senders“ verurteilt; es ist immerhin bemerkenswert, daß sich unter dieser Resolution auch der Name des Vorsitzenden des Polnischen Nationalrates für Tschechien-Schlesien, Dr. Olszaks, befindet.

Es wäre nun freilich verfehlt, aus derartigen Mißfallenstundgebungen darauf zu schließen, daß es zwischen Polen und der Tschechei keine ernstlichen Konfliktstoffe gebe; vielmehr wird durch diese Kundgebungen nur die Unzulänglichkeit der Propagandatätigkeit gewisser polnischer Kreise charakterisiert, die sich mit übertriebenem Eifer auf mehr oder weniger nebensächliche Ereignisse stützen, sich aus Unkenntnis oder Feigheit aber nicht an den Kern der Sache herantrauen. Das heißt: Die Kreise, die Grund haben, sich von der Kritik der Polen in Tschechien-Schlesien getroffen zu fühlen, haben in der ihnen geläufigen Weise auf der schlechten Behandlung der polnischen Volksgruppe durch die tschechische Regierung herum, anstatt die sowjetfreundliche Politik der tschechischen Außenminister klar und eindeutig als eine Gefahr für Polen und somit als den tieferen Grund des gegenwärtigen polnisch-tschechischen Konfliktes, nämlich als eine Tatsache herauszustellen, die alte, noch nicht vergessene Gegensätze in der Tschechen Frage wieder hat aufleben lassen.

Das ist der Grund des Konfliktes: Ein tschechischer Nachbar, der sich auf die Linie der sowjetrussischen Außenpolitik festgelegt hat, ist für Polen auf die Dauer untragbar. Ein Zusammengehen zwischen Moskau und Prag macht den „flawatischen Korridor“ für Polen zu einer akuten Gefahr; denn dieser Korridor umfaßt Polen an seiner nationalpolitisch sehr empfindlichen ukrainischen Flanke. Aus dieser Lage ergibt sich für die polnische Außenpolitik die Notwendigkeit, entweder Prag nach Möglichkeit wieder von seiner Bindung an Moskau zu lösen oder aber, wenn das nicht gelingt, die slowakische Frage im antitschechischen Sinne

zu aktivieren. Ohne diesen zweiten Weg aus dem Auge zu lassen, wird von Warschau aus gegenwärtig versucht, auf dem ersten Wege vorwärts zu kommen. Warschau wird hierzu von verschiedenen Seiten erinnert: von einigen Bischofskreisen beider Parteien und von der katholischen Kirche. Die Motoren der tschechischen Hochschulen haben sich mit der Aufforderung an ihre polnischen Kollegen gewandt, die Ursachen des Konfliktes, gemeint sind damit die Nationalitätenverhältnisse im Tschechien-Schlesien, an Ort und Stelle gemeinsam zu untersuchen. Bei dem Vorhaben, das in beiden Ländern die noch in romantisch-gedächtnisvollständigen Vorstellungen lebenden Bischofskreise für sich, kann dieser Initiative eine gewisse moralische Bedeutung nicht abgesprochen werden, wenn sie auch nicht mit dem tatsächlichen politischen Geschehen in keinem Zusammenhang steht. Entscheidend ist die Tatsache, die im tschechischen Rom in dieser Angelegenheit von tschechischen Kardinalen, Trägern und katholischen Politikern an den Tag gelegt wird. Diese Aktivität erfolgt im Sinne eines Wortes des Kardinalprimas H. H. von der das Bischofskongress einmal als „eine Reaktion der römischen Kirche gegen Neuheidentum und Atheismus“ bezeichnet hat. Einiges Aufsehen hat es in Warschau erregt, daß der päpstliche Nuntius Marzaggi in letzter Zeit mehrmals den polnischen Außenminister aufgesucht hat; man nimmt an, daß sich die Unterhaltungen um den polnisch-tschechischen Konflikt gedreht haben. Doch wird man trotz der Regiergsumbildung in Polen, durch die die ausgesprochen freidenkerlichen Kreise an Boden verloren haben, und trotz des Friedensschlusses, der im Sommer d. Js. auf dem Prager Katholikentag zwischen der Tschechei und dem Vatikan geschlossen wurde, vorläufig den praktischen Einfluß der katholischen Aktion auf die Politik der beiden Regierungen noch nicht allzu hoch einschätzen dürfen. Fest steht allerdings das Interesse des Vatikans an einer Beilegung des tschechisch-polnischen Konfliktes aus Gründen, wie sie in der erwähnten Zielsetzung des polnischen Kirchenfürsten zum Ausdruck gebracht worden sind.

Eine merkwürdige Auflockerung der festgefahrenen Beziehungen zwischen Warschau und Prag hat die Umbildung der tschechischen Regierung gebracht, durch die zum ersten Mal seit dem Bestehen des tschechischen Staates ein slowakischer Regierungschef wurde. Warschau hat von Hodza erwartet, daß er den Einfluß des polenfeindlichen Benesch auf die Prager Politik zurückdrängen werde. Die „Gazeta Polska“ begrüßt den neuen Prager Ministerpräsidenten mit einem Artikel, in dem sie betont, daß Hodza „nicht nur ein fanatischer Feind des Kommunismus im Innern, sondern auch ein Gegner einer weit gehenden Annäherung an das Sowjetimperium“ sei. Wenn sich in Prag eine solche Einigung durchzusetzen vermag, eröffnet sich die Möglichkeit einer Wiederannäherung an den polnischen Nachbarn, zu der mit der kürzlich erfolgten Neubelegung des seit Monaten nur von einem Gefolgsführer verwalteten tschechischen Geländepostens in Warschau bereits der Anfang gemacht worden ist. Einen Fortschritt in dieser

Richtung wird es bedeuten, wenn Benesch als Außenminister zurücktritt, um Nachfolger des amtsüben Malarej auf dem Staatspräsidentenposten zu werden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich irgendein anderer tschechischer Außenminister in derselben Weise gegen Polen festlegen wird, wie es Benesch getan hat, in dessen Politik Warschau die Wurzel alles Übels erblickt.

Beziehungslos lassen die Slowaken ein lebhaftes Interesse für eine Annäherung an Polen erkennen. Das kann den Polen nur angenehm sein; die Tschechen aber finden hier ein Haar in der Suppe. Sie wittern sofort irgendwelche Zusammenhänge zwischen dieser slowakischen Freundschaft zu Polen und dem slowakischen Verlangen nach Autonomie, das im großen und ganzen doch immer daselbe geblieben ist, vom jener berühmten Deklaration von Turcozjiz im Jahre 1918 bis heute. Es ist interessant zu bemerken, daß an dem Zustandekommen dieser Deklaration, die die slowakische Autonomie mit eigenem Parlament und eigener Regierung verlangte, auch Hodza mitgewirkt hat. Er hat freilich schon damals und später mehrfach als Mitglied der Prager Regierung seine „tschechoslowakische“ Staatsgesinnung bewiesen. So bleibt es noch fraglich, ob er den Hoffnungen, die manche slowakische Kreise in bezug auf eine bessere Zukunft für die Slowakei auf ihn setzen, gerecht werden wird, oder ob er sich dazu hergeben wird, die Rolle eines slowakischen Spions zu spielen. Für die Slowaken ist die Autonomie die unerlässliche Voraussetzung des inneren Friedens mit den „tschechischen Brüdern“, weniger vielleicht für die Berufspolitiker der älteren Generation als für die slowakische Jugend, die im Begriff ist, die politische Führung ihres Volkes an sich zu nehmen, und für die slowakische Emigration, die, wie vor dem Kriege, auch heute noch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben ihrer alten Heimat besitzt.

Der Politiker, der seit 1918 als der mutigste Befürworter der slowakischen Autonomie in seinem Volk das größte Ansehen und den stärksten Rückhalt besitzt, Pfarrer Hlinka, ist zugleich auch einer der eifrigsten Befürworter einer Annäherung an den polnischen Nachbarn. Er (und

mit ihm die Masse des slowakischen Volkes) ist aus politischen und moralischen Gründen ein entschlossener Gegner der von Benesch vertretenen jowisierfreundlichen Haltung; er verlangt einen scharf gegen Moskau gerichteten Kurs. Wenn Pfarrer Hlinka zu Hingegen nächsten Jahres an der Spitze einer slowakischen Pilgerfahrt zur schwarzen Muttergottes von Tschelochodau wallfahrten wird, so wird das nicht nur eine kirchliche Handlung, sondern eine Demonstration der freundschaftlichen Gefühle sein, die das slowakische Volk für Polen empfindet. Diese Freundschaft ist in erster Linie kirchlich begründet; dann aber beruht sie wohl auch darauf, daß das polnische Volk von den drei staatsführenden Völkern, die in breiter Front an den slowakischen Siedlungsraum grenzen, das einzige ist, das die Slowaken (vielleicht nur aus Mangel an Gelegenheit) politisch und völkisch bisher noch nicht unterdrückt hat.

Es hat sicherlich nicht in der Absicht der Tschechen gelegen, die slowakische Frage neu zu beleben. Aber ihre eigene bolschewikienfreundliche Politik hat dazu beigetragen, daß der Schieber der Bergeseiten, der in Trianon über dieses Volk gebot wurde, gereizt. Nicht nur Polen allein hat Interesse daran, daß das Eigenleben dieses ihm befreundeten Volkes gegenüber den Tschechen gestärkt wird. Und nicht nur Polen allein ist daran gelegen, daß der slowakische Siedlungsraum, den die Tschechen als Brücke nach Moskau benutzen, zu einem Sperrgebiet zwischen Prag und der bolschewistischen Machtphäre wird. In dem Maße, in dem die tschechische Außenpolitik sich mit den Ideenträgern der roten Revolte verbündet, wird die slowakische Frage notwendigerweise zu einem europäischen Problem und wird die Autonomieforderung der Slowaken zu einer Angelegenheit, für die auch andere Staaten interessieren. Neben Ungarn dürfte das am meisten bei Polen der Fall sein. Es ist also nicht nur die Moskauer Politik der Prager Regierung, die einer Wiedernäherung zwischen Polen und der Tschechei hinderlich ist, sondern auch die slowakische Frage. Diese Frage aber wird solange bestehen, als die völkischen Forderungen der Slowaken von Prag nicht erfüllt sind. Dr. K.

„Flußdienst Ostpreußen—Reich“

Unter diesem Titel ist vor kurzem im Verlag Graefe und Unger (Königsberg i. Pr.) eine Schrift von Friedrich Hoff erschienen. (Heft 2 der Zeitschrift zur Statistik der Provinz Ostpreußen, 133 Seiten.)

Der Titel „Flußdienst Ostpreußen—Reich“ ist programatisch gedacht: Der Verfasser will in Anlehnung an die schon zu einem Verkehrs- und nationalpolitischen Begriff gewordene Bezeichnung „See dienst Ostpreußen“ auf die Ausnutzung und Entwicklungsmöglichkeiten der Binnenwasserstraßen aufmerksam machen, die Ostpreußen über das heute polnische Gebiet hinweg mit dem übrigen Reich verbinden. Es ist die erste größere Arbeit, die sich mit diesem Thema befaßt. Die Schrift darf daher wohl die Beachtung aller Stellen beanpruchen, die am Ausbau des Transitverkehrs durch den Korridor interessiert sind. Im Folgenden seien einige der dort dargestellten Tatsachen und entwickelten Gedankengänge wiedergegeben.

Auf Grund der Artikel 89 und 98 des Versailleser Diktats sind in dem am 21. April 1921 in Paris unterzeichneten „Korridorabkommen“ die rechtlichen Bedingungen festgelegt worden, unter denen sich der Durchgangsverkehr durch das vom Reich losgetrennte Gebiet zu Lande und zu Wasser abwickeln soll. Das Abkommen bezieht sich zwar auf alle schiffbaren und stößbaren Wasserstraßen des abgetrennten Gebietes. Doch kommt in der Praxis für den Verkehr Ostpreußens mit dem übrigen Reich nur die eine Wasserstraße in Frage, die, aus mittlerer Weite, Bromberger Kanal, unterer Frage und unterer Weichsel bestehend, auf einer Strecke von 220 km von Uch (wo die Rüdow in die Weite mündet) bis Rantau an der Spitze (wo die Ragat von der Weichsel abzweigt) durch polnisches Gebiet führt. Polen hat diese Wasserstraße im Jahre 1920 vom Deutschen Reich in bestem Zustand übernommen. Die gelegentlich von

polnischer Seite aufgestellte gegenteilige Behauptung entspricht nicht der Wahrheit: Nach Maßgabe des preussischen Wasserstraßengesetzes von 1905 war die etwa 106 km lange Strecke von Uch bis Rantau in der für Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 400 Tonnen ausgebaut worden; der Ausbau war erst 1917 beendet worden, also erst kurz vor der Vorkriegszeit vom Reich. Ferner war auch die preussische Stromstrecke der Weichsel in jahrzehntelanger stoffseitiger Arbeit so ausgebaut worden, daß sie zur Zeit der Vorkriegszeit vom Reich bei Mittel- und Niedrigwasser von Einlage bis Pielzel für 1000-Tonnen-Rähne, von Pielzel bis Neuenburg für 600-Tonnen-Rähne und von Neuenburg bis Thorn für 300-Tonnen-Rähne befahrbar war. Wenn also Bestanden über den Zustand der Wasserstraße laut geworden sind, so hat die Schuld nicht bei den früheren preussischen Verwaltung gelegen, sondern bei den polnischen Behörden, die der Wasserstraße nicht die notwendige Pflege haben zuteil werden lassen. Die Tragfähigkeit der Wasserstraßen, die im Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen verwendet werden, hat in den letzten Jahren 325 bis 355 Tonnen betragen. Doch hat die Tragfähigkeit (vor allem mit Rücksicht auf den wechselnden Wasserstand der Weichselstrecke) nur zu etwa 50 p. h. ausgenutzt werden können.

Der Durchgangsverkehr auf der Binnenwasserstraße kam nach dem Kriege nur sehr zögernd in Fluß. In den Jahren 1921 und 1922 lag der Durchgangsverkehr vollkommen still. 1923 ging ein einziger Transport in westlicher Richtung über die polnisch gewordene Schiffahrtsstrecke. 1924 pallierte ein in Elbing erbauter Dampfer auf der Fahrt nach Breslau diese Strecke. 1925 durchquerten zwei Rähne aus Ostpreußen und einige Fahrzeuge aus Danzig mit Brethern und Schmittmaterial den Korridor auf der Fahrt nach Berlin. 1926 fuhr

wieder ein in Elbing erbauter Dampfer durch polnisches Gebiet nach Berlin. 1927 folgten drei in Elbing erbaute Fahrzeuge, zwei Motorlokomotiven und zwei Baggergräber, auf dem Wege nach Breslau bzw. nach Berlin, ferner ein Kahn mit Schnittmaterial von Lissit nach Brandenburg und ein Kahn von Rüdersdorf nach Königsberg. Im Lauf der sieben Jahre von 1921 bis 1927 befrachtete sich der gesamte Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen also auf etwa ein Dutzend Fahrzeuge.

Erst vom Jahre 1928 an konnte man von einem wirklichen Durchgangsverkehr auf der Binnenwasserstraße des Korridors sprechen. Es gingen Fahrzeuge (*Gesamtladung in Tonnen*) im Jahre

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
von Ostpreußen	14	14	16	25	42	36	24
	1800	2009	2094	3946	7756	6843	4551
nach Ostpreußen	23	34	45	54	82	81	23
	4158	5544	7727	10264	4866	4736	1894

Seinen bisherigen Höchststand erreichte der Durchgangsverkehr demnach im Jahre 1931 mit insgesamt 79 Fahrzeugen, die mit 14210 Tonnen beladen waren. Bis 1931 übernahm der Durchgangsverkehr in weitestlicher, von da an der in ost-westlicher Richtung. Von Ostpreußen nach dem übrigen Reich wurden auf dem Binnenwasserweg vorwiegend: Zellstoff, Holz und Packpapier, nach Ostpreußen gingen auf diesem Wege: Kalk und Zement, Ziegel- und Bausteine, Kacheln, Salz, Maschinen usw., Pappe und Dachpappe, Streichgut und Glaswaren, Masten und Stüdgut, hin und wieder Kolonialwaren, Chemikalien usw. Versand- und Empfangsorte für den Durchgangsverkehr waren in Ostpreußen vor allem: Marienburg, Elbing, Königsberg, Lissit und Ragnit, westlich des Korridors vor allem: Berlin, verschiedene Orte des märkischen Wasserstraßennetzes, der mittleren und oberen Elbe, selten auch Orte an der schlesischen Oder.

Die Gründe für die mangelnde Entwicklung des Durchgangsverkehrs auf dem Binnenwasserwege sind verschiedener Art. Wenn dieser Verkehr sich nicht weiter zu entwickeln vermocht hat, so liegt das zum Teil daran, daß die Binnenfließkraft durch die fortgeschrittene Senkung der Massengütertarife der Reichsbahn ihre Wettbewerbsfähigkeit vielfach verloren hat. Das gilt im Durchgangsverkehr nach Ostpreußen besonders für die Kohle. Der gesamte bahnmäßige Gütereingang Ostpreußens aus dem übrigen Reich besteht zu etwa 70 v. H. aus Kohle (1933: 16 Mill. Tonnen). Die nicht auf dem Seewege nach Ostpreußen kommende Steinkohle stammt fast restlos aus Oberschlesien und die dorthin gelieferte Braunkohle ganz vorwiegend aus Niederschlesien und Brandenburg, also aus Gebieten, die für eine Beförderung der Kohle auf dem Binnenfließstraßenwege an sich nicht ungünstig liegen. Trotzdem ist die Binnenfließkraft an der Kohlenbelieferung Ostpreußens überhaupt nicht beteiligt, da sie nicht im entferntesten gegen die niedrigen Eisenbahntarife aufkommen kann.

„Die Frage nach der Höhe der Beförderungskosten der Reichsbahn“, schreibt Friedrich Roß im letzten Abschnitt seines Buches, „ist hier nicht untertüt. Doch ist bei einer Betrachtung des Frachtmärktes das deutenpolitische Moment zu berücksichtigen und der relativ hohe Frachtenanteil in Betracht zu ziehen, den die polnischen Staatsbahnen für ihre Transportleistungen im Korridorgebiet erhalten.“ Der weitaus größte Teil der auf dem Bahnwege nach Ostpreußen gelangenden Kohle geht über die längste „privilegierte Korridorstrecke“ (Kostau—D. C. H. a. u.), für die also auch der höchste Frachtsatz an die polnischen Staatsbahnen zu entrichten ist. Die Deutsche Reichsbahn hat im Jahre 1934 rund 67,8 Mill. Tonn für den gesamten Korridorverkehr an die polnischen Staatsbahnen gezahlt, davon allein für den Kohlenverkehr etwa 21,8 Mill. Tonn. Dieser an Polen zu zahlende Betrag könnte durch eine stärkere Einkhaltung des Binnenfließverkehrs, dessen an Polen zu zahlende Transitgebühren nur verhält-

nismäßig gering sind, herabgedrückt werden. „Von wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen“, schreibt Friedrich Roß, „ist der Binnenwassertransport nur zu empfehlen.“ Allerdings wäre damit eine längere Beförderungsdauer und, wenn keine Frachttüchtigkeit der Binnenfließkraft erfolgt, eine Erhöhung des Kohlenpreises für Ostpreußen in Höhe der Differenz zwischen Eisenbahn- und Binnenfließtarif verbunden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen fällt das deutenpolitische Moment jedoch besonders schwer ins Gewicht.

Eine wirkliche Belebung des „Stübenkies Ostpreußen—Reich“ steht aber eine Erleichterung der verhältnismäßig Bedingungen voraus, unter denen sich der Durchgangsverkehr über die Wasserstraßen des Korridors abwickelt. Polen hat vor allem in den ersten Nachkriegsjahren die an sich schon höchst unbequemen vertraglichen Bestimmungen durch eine willkürliche Auslegung und Handhabung derart kompliziert und verschärft, daß es deutschen Schiffen wegen der übermäßigen Belastungen und der weitgehenden Rechtsunsicherheit unmöglich war, die polnischen Wasserstraßen im Durchgangsverkehr zu benutzen. So hat sich Polen z. B. bis zum Jahre 1932 geweigert, den Hafen von Königsberg, der doch „der freie Zugang Ostpreußens zur Weichsel“ sein sollte, als Umschlag- und Anlegestellen für Durchgangsschiffe anzuerkennen. Die Rentabilität des Durchgangsverkehrs wird für die deutschen Schiffseigner dadurch in Frage gestellt, daß sie auf polnischem Gebiet nur in Bromberg Waren löschen und aufnehmen dürfen. Hinderlich ist es auch, daß sich die Bestimmungen über den privilegierten Durchgang nur auf den Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich, nicht aber auf den Verkehr zwischen Danzig und dem Reich beziehen. Eine empfindliche Belastung des Durchgangsverkehrs entsteht weiter durch folgende Bestimmungen: Die Fahrzeuge sind zur Führung von Zollgeheim verpflichtet. Wenn sie nichts nicht stilllegen wollen, müssen sie eine auf 2 km sichtbare blaue Nachtbeleuchtung führen, was eine mindestens 100000ergige Lampe erfordert. Das Lichter der Fahrzeuge, das im Sommer bei niedrigem Wasserstand fast immer notwendig ist, ist an eine besondere Erlaubnis der polnischen Behörden gebunden, die in der Regel recht lange auf sich warten läßt. Wird die Erlaubnis überhaupt nicht erteilt, was auch vorgekommen ist, so müssen die Schiffe mitunter wochenlang stilliegen und auf bessere Wasserstände warten. Die Durchgangsschiffe müssen unter Zollverhütung fahren, oder sie erhalten, wenn es durch ihre Bauart begründet erscheint, eine Zollbegleitung. Bis 1930 erhielten die Schiffe ausnahmslos Zollverhütung und Zollbegleitung, deren Verpfligung und Befolgung auf Kosten des Schiffseigners ging. Abkündend wirkten schließlich auch die lästigen Bestimmungen über die Paß- und Zollabfertigung, die englischen Bestimmungen über das Anlegerecht usw. Polen hat die gegen diese Behinderungen immer wieder vorgebrachten deutschen Wünsche im Laufe der Jahre zwar in einigen Punkten berücksichtigt; in der Hauptsache aber scheint man in Polen auch jetzt noch dem deutschen Durchgangsverkehr auf der Binnenwasserstraße recht widerwillig gegenüber zu stehen. In den Jahren der politischen Hochspannung zwischen Deutschland und Polen war ein solches ablehnendes Verhalten vielleicht noch zu verstehen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen aber wäre es wohl angebracht, auch einmal an die Erleichterung des deutschen Durchgangsverkehrs über die polnischen Binnenwasserstraßen zu denken. Deutschland hat ein gutes Recht darauf, die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ihm die Wasserstraßen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich bietet, auszunutzen. Und Polen wird heute schwerlich triftige Gründe gegen ein entsprechendes Verlangen von deutscher Seite vorbringen können. Das Recht der Ausnutzung der Wasserstraßen steht Deutschland ohnehin zu. Es kommt nur darauf an, daß bestimmte hinderliche Einzelbestimmungen beseitigt oder abgemindert werden, und daß dem deutschen Durchgangsverkehr von Seiten der polnischen Behörden eine lokale Behandlung zuteil wird.

Ein Gedicht und eine Anekdote

Vor kurzem erschien in dem lettischen Verlag M. Gulbis in Riga eine Sammlung lettischer Gedichte unter dem Titel „Varonu Laiks“ (= „Heldenzeit“). Diese Sammlung nennt sich „Eine Antologie heldischer Dichtung“. Zusammengefaßt ist sie von Janis Medins und Oberleutnant Raimonds Bebris. Es sei bemerkt, daß die Gedichtsammlung von den lettischen Ministerien offiziell für den Gebrauch an Schulen und in Jugendorganisationen empfohlen worden ist, um damit Gedenktage usw. auszugestalten. In der Sammlung findet sich u. a. ein Gedicht von einem gewissen B. Egliotis unter dem Titel „Golca-Bermonda tauta“ (= „Das Volk Golca-Bermonds“). Das Gedicht lautet in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

Die Zeiten kommen gesammelt von allen Enden,
Sie kommen wie zu Festen, hellere Lieder klingen,
Sie kommen aus Varniet, sie kommen aus Vettgallen,
Riga zu verteidigen.

Ihnen zur Seite gehen die Eichen, das alte Helbenvolk,
Wälder verschlungen sind sie, voll kühler Gedanken.
Sie gehen wie Vögel, Wälder wachend, wie die Jode*,
Die Deutschen zu zerschmettern.

Die Krieger hören noch in der Ferne, wie Riga dröhnt,
Voller Unruhe sind in Krämpfen ihre Hände,
Dem ewigen Feind, der nach Osten drängt,
Bereiten sie Waffen.

Die Vögel haben einen alten Haß, da sie vom Meere
geflohen.

Endlich ist die Zeit gekommen; sie stoßen, die schon fallen;
Noch wird nur mit der Hand winken; der stolze Völk wird
Die Gewalttätigen zu vernichten. lausföhren.
Nebenstehende vergehen; die Deutschen sind wie Früchte niedrig,
Heimtückisch. Die Wälder ist ihre Stille. Verträge sind
Biegen für sie.

Sie kennen nichts Schreckes, keine helle Schandheit.
Neben ist für sie Genug.

Selbst wenn sie zerschmettert sind, gezwungen, lachend zu stehen,
Noch hinter dem Rücken wirgen und heulen sie im Sticken.
Irtümlich schänder sind sie, wie die Drangalen sie
Ein widerliches Volk. nennen.

*) Rob = Gott des Gewitters.

Wie gesagt: Dieses Gedicht stammt aus einem von den lettischen Ministerien offiziell empfohlenen Buch. Die verantwortlichen lettischen Stellen können also nicht sagen, daß sie das Gedicht nicht gekannt hätten, und daß sie für

seine Veröffentlichung nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Sie halten das Predigen des Hasses gegen Deutschland für ein besonders geeignetes Mittel der nationalen Erziehung der lettischen Jugend. Das ist bei einer Regierung, an deren Spitze ein Mann deutscher Abkunft steht, besonders interessant. Der estländische Staatspräsident Ulmanis nannte sich noch vor weniger als zwei Jahrzehnten so, wie er vom Vater her heißt: Ulmann. Er stammt aus der von Katharina II. angelegten deutschen Kolonie Strichhof. (August Winnig schreibt in seinem letzten Buch über ihn u. a.: „Dieser Bauernführer war, seiner deutschen Herkunft ungeachtet, ein Deutschenhasser von besonderen Graden. Seine Vorfahren waren einst als Ansiedler ins Land gekommen, er selber hatte in Leipzig Agronomie studiert und hätte seiner Erklärung nach auf einem hannoverschen oder westfälischen Hofe sitzen können. Was außer ihm der Regierung angehörte (im Jahre 1918), waren politische Reiseläufer, Geschäftsmacher, die auf anderen Gebieten nicht vorangekommen waren; Ulmann war mehr und härter als sie, leider auch in seinem Deutschenhaß, der so weit ging, daß er alsbald seinen deutschen Namen ablegte und sich Ulmanis nannte.“)

Doch das nur nebenbei! Noch einmal das Gedicht des lettischen Poeten: Wir sind der ewige Feind, der nach Osten drängt, wir sind gewalttätig, heimtückisch, niedrig, machtlüstern, vertragsbrüchig, wir kennen nichts Hebrs und keine helle Schönheit. Neben ist für uns Genug, wir wirgen und heulen im Stillen, wir rutschen stehend auf den Knien, wir sind Schänder, turgen, ein widerliches Volk. — Und diese niederträchtige Verschimpfung des deutschen Menschen durch einen reinenden Proleten wird geprüßt und beglückt von den zuständigen Stellen der Regierung, die ihren amtlichen Erklärungen zufolge Wert darauf legt, mit Deutschland in normalen oder gar freundschaftlichen Beziehungen zu leben. Bei aller Beachtung dieser Erklärungen muß nach der Lesart des Gedichtes von Egliotis und unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeit lettischer Regierungsstellen doch die Feststellung erlaubt sein, daß dieses Gedicht einen bedenklichen geistigen Tiefstand (nicht nur des „Dichters“) verrät. Wir erinnern uns dabei einer Anekdote, die man sich in London erzählt: Ein Elitauer (es kann auch ein Lette gewesen sein) ärgerte sich in der Unterhaltung mit einem Engländer über die Deutschen: „Es ist unhöflich, wie sie lägen. Da schreiben sie täglich in ihren Zeitungen, wir hätten unsere ganze Kultur von ihnen bezogen. Ich bitte Sie, wo ist denn unsere Kultur?“

Kritik an der Rechtsprechung Danziags

Durch Verordnung vom 29. August d. Js. hatte der Danziger Senat, dem reichsdeutschen Vorbild folgend, das Analogieverfahren auch in das Danziger Strafrecht eingeführt. Der § 2 dieser Verordnung lautet wie folgt: „Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden strafbar verdient. Findet auf die Tat kein bestimmtes Strafgesetz unmittelbarer Anwendung, so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Grundgedanke auf sie am meisten zutrifft.“

Gegen diese Abänderung der Strafprozeßordnung hatte die Opposition beim Völkerrat mit der Begründung Einspruch erhoben, daß die erwähnte Verordnung sich nicht mit der Danziger Verfassung vereinbaren lasse. Der Völkerratsrat hatte die Angelegenheit zur Begutachtung an den internationalen Gerichtshof in Haag überwiesen. Dieser hat am 5. Dezember dem Senat sein Gutachten mitgeteilt. Danach wird die Einführung des Analogieverfahrens in die Strafprozeßordnung als verfassungswidrig bezeichnet: Es gebe zweierlei strafrechtliche Auffassungen; die eine gehe vom Schutz der Einzelperson aus, die andere stelle die Gemeinschaftsinteressen voran. In der Ver-

fassung der Freien Stadt seien die Rechte der Einzelperson ausdrücklich betont und niedergelegt. Die freie Rechtsprechung durch den Richter nach dem Analogieverfahren sei mit dem Geiste der Verfassung nicht zu vereinbaren. Bemerkenswert ist, daß das Gutachten nicht einstimmig angenommen worden ist. Drei von den zwölf Gutachtern haben von dem Recht Gebrauch gemacht, ihre von der Meinung der Mehrheit abweichende Auffassung niederzulegen. Der polnische Vertreter, Graf Koszowski, hat es für zweckmäßig gehalten, nicht nur gegen die erwähnte Verordnung, sondern auch gegen das Ermächtigungsgesetz, auf dem die Verordnung fußt, Einspruch zu erheben. Der italienische Vertreter Anzilotti hat die Zuständigkeit des Haager Gerichtshofes bestritten und ihm das Recht abgesprochen, sich in eine innerstaatliche Frage, wie die vorliegende, einzumischen. Der japanische Vertreter, Nagata, hat festgestellt, daß überhaupt keine Verfassungsverletzung vorliegt. Das Gutachten wird dem Völkerratsrat bei seiner nächsten Tagung vorgelegt werden.

Hierzu sind einige Bemerkungen zu machen: 1. Die Garantie der Danziger Verfassung durch den Völkerrund bedeutet nicht, daß der Völkerrund das Recht hat, sich in alle möglichen innerstaatlichen Fragen der Freien Stadt ein-

zumischen, sondern sie bedeutet zunächst und vor allem, daß der Völkerverbund die Pflicht hat, die staatliche Unverletzlichkeit Danzigs, die in der Verfassung zum Ausdruck kommt, gegen äußere Übergriffe zu schützen. 2. Die Reziprozität ist eine Angelegenheit, die auf die in Rechtsbetrachtung eines Volkes verwurzelt ist. Es muß nicht nur von den Danziger Deutschen, sondern vom ganzen deutschen Volk als eine beiderseitige Zumutung zurückgewiesen werden, wenn irgendeine internationale Instanz sich annimmt, zu bestimmen, nach welchen Methoden auf deutschem Boden Verbrecher abgeurteilt werden. 3. Wenn der polnische Vertreter sich bemüht hätte, seinen Einspruch über die fragliche Verordnung hinaus auf das Ermächtigungsgesetz auszuweiten, so kann man hierin nicht die Vertretung irgendeines Rechtsstandpunktes, sondern nur eine politische Demonstration gegen die von der nationalsozialistischen Regierung repräsentierte staatliche Selbständigkeit zugunsten einer destruktiven Opposition erblicken. 4. Die Danziger Oppositioneller, Deutschnationale, Zentrum und Margiten, haben, indem sie sich in dieser Frage an den

Völkerverbund wandten, sich von neuem als Separatisten zu erkennen gegeben, die aus ihrer parteipolitischen Enge heraus die geistige Verdüstung des Danziger Deutschtums vom Deutschtum im Reich betreiben. Professor Grimm hat diese Kreise in einem Artikel mit folgenden Worten charakterisiert: „Was die Vertreter der Opposition von Danzig heute getan haben, ist nichts anderes, als was die deutschen Krieger im 17. Jahrhundert begangen, wenn sie sich an den König von Frankreich wandten, den Garanten der deutschen Libertäten, und darüber Beschwörungen führten, daß der deutsche Kaiser ihre deutschen Freiheiten, d. h. die deutsche Kleinrenten und Schwäche, angefallen habe. Heute konzentrieren sich diese antideutschen Kräfte im letzten Völkerverbund, um solche Völkerverbundspolitik noch möglich ist, in Danzig. Es war bezeichnend, daß die Beschwörungsführer der Danziger Opposition zur Begründung ihrer Eingabe zwei Gutachten von Juristen A und B im Haag einreichten, sogenannten deutschen Juristen, die ihre Namen vorsichtigerweise verschwiegen. Es dürfte nicht schwer sein, zu erraten, um was für deutsche Juristen es sich da gehandelt haben mag.“

Die Preisfestsetzungsaktion

Nach der Fülle der Verordnungen zu urteilen, die die Regierung Kosciakowski bereits erlassen hat oder noch zu erlassen gedenkt, steht die polnische Volkswirtschaft am Beginn eines tiefgehenden Umbruchs. Den ersten Verordnungen, die durch neue Steuern und Abzüge eine Schmälerung der festen Gehälter, der Pensionen und Renten gebracht haben, ist eine ganze Reihe von Maßnahmen gefolgt, durch die diese Einkommensminderung breiter Volksschichten im Wege der Verrückung der Lebenshaltungskosten nach Möglichkeit ausgeglichen werden soll. Zunächst sind die Mieten für Klein- und Mittelwohnungen herabgesetzt und ist die Wohnungsteuer für Kleinwohnungen ganz abgeschafft worden. Maßnahmen zur Verrückung des Wohnungsbau, zur Erleichterung der landwirtschaftlichen Entschuldung usw. sind dann gefolgt. Die stärkste Initiative aber hat die Regierung bisher im Kampf gegen die ungesunde Preispolitik der Kartelle entwickelt. In dieser Richtung ist sie mit einem unerwarteten Schwung zum Angriff übergegangen.

Nur nach der Abänderung des Kartellgesetzes von 1933, die am 27. November erfolgte und von der Industrie zunächst nur als ein Schreckschuß gewertet wurde, hat die Regierung furchtbar die Auflösung von 30 Kartellen verfügt. Allerdings hat es sich hierbei zunächst nur um kleinere Kartelle, um Zusammenschlüsse der Großhandelsfirmen bestimmter Branchen in den einzelnen Handelsstellen, gehandelt. Der Handelsminister Gorcecki erklärte am 30. November vor Vertretern der Presse, die Regierung müsse zwischen den Rohstoffkartellen (wie der Kohlenkonvention und dem Hüttenlundbit) auf der einen und den Kartellen der verarbeitenden Industrie und des Handels auf der anderen Seite einen Unterschied machen. Die zahlreichen Großhandelskartelle betrachte sie ohne Ausnahme als schädlich, und sie werde nicht zögern, nach der Auflösung der ersten dreißig auch noch weitere Kartelle dieser Art aufzulösen. Das Verschwinden dieser Kartelle habe zu unglaublichen Spannungen zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen geführt.

Mit einer Reihe der großen Kartelle hat sich die Regierung in Verbindung gesetzt, um auf dem Wege gütlicher Vereinbarung ohne Auflösung zu der von ihr gewünschten Preisfestsetzung zu kommen. Vor allem kommt es ihr darauf an, die Preise einiger der wichtigsten Verbrauchsgüter (Kohle, Zucker und Petroleum, aber auch Eisen und Papier) herabzusetzen. Der Kohlenbergbau hat der Forderung der Regierung gleichstimmigen Widerstand entgegengelegt. Daraufhin hat die Regierung am 4. Dezember die Kohlenpreise von sich aus gesenkt und zwar für Hausbrandkohle um 13% (in den Ostprovinzialen 20%), für Koks um 10%, für Anthracit um 7%. Nichtsdestowen wird mit Geld- oder Freiheitsstrafen belegt. In

Warschau sind mehrere Kohlenhändler, die die Preisfestsetzung durch einen Verkaufserfolg labieren wollten, festgenommen worden. Was die Auswirkungen dieser Preisfestsetzung anlangt, so scheinen die Vergewaltigungen recht pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Nach Meldungen, die in den Warschauer Oppositionsblättern erschienen, soll der Leiter des „Kohur“, des größten ostpolnischen Kohlentorgers, erklärt haben: Die Senkung der Kohlenpreise bedrohe die Kohlenindustrie mit dem Ruin. Es sei vielleicht besser, wenn die Regierung schon jetzt die Vergewaltigungen selbst übernehme, weil später die Notwendigkeit eintreten würde, die desolatierten Betriebe schließlich zu sanieren. Die Vergewaltigungen seien einmütig und würden der Übernahme durch den Staat wahrscheinlich keine großen Schwierigkeiten bereiten und dem Staat, wenn er diesbezüglich in die herantreten würde, keine schweren Bedingungen stellen. Gleichzeitig mit der Senkung der Kohlenpreise sind auch die Zuckerpreise herabgesetzt worden, nachdem einige Tage vorher bereits die Zuckersteuer ermäßigt worden war. Die Preisfestsetzung ist in diesem Falle im Einvernehmen mit dem Zuckerkartell erfolgt. Weitere Preisfestsetzungen werden vorbereitet: Die Eisenbahntarife werden gesenkt. Die Tarife der kommunalen Gas-, Elektrizitäts- und sonstigen Unternehmungen werden geprüft. Im Laufe der Zeit wird sich die Regierung mit der Preispolitik aller Kartelle, deren Zahl noch jetzt, nach der Auflösung der ersten 30, fast 200 beträgt, beschäftigen.

So geht zur Zeit eine Welle von Preisfestsetzungen über Polen. Mit dem Grundgedanke der Kartelle: Kleiner Umfug — großer Nutzen wird gebrochen; an seine Stelle soll nach dem Willen der Regierung der Grundgedanke treten: Großer Umfug — kleiner Nutzen. Die Regierung hat in ihrem Kampf gegen die Kartelle zweifellos den weit überwiegenden Teil der Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Denn tatsächlich haben die meisten Kartelle ihr gerüttelt Wohl von Schuld an der vielfach grössten Verzerrung des Preisniveaus in Polen. Zunächst hatten die Kartelle, als sie gegründet wurden, nicht die Aufgabe, die Produktion nach Maßgabe der Aufnahmefähigkeit des Marktes zu regulieren, sondern sie dienten ausschließlich dazu, einen Preisstand zu erreichen, der sich mit dem zunehmenden und schließlich geradezu katastrophalen Absinken der Konjunktur nicht mehr rechtfertigen ließ. Begünstigt wurde die Politik der Kartelle durch die hohen Zölle und die Einfuhrverbote oder -beschränkungen für industrielle Erzeugnisse. Theoretisch hätte die Regierung die Möglichkeit, die Kartelle durch die Aufhebung dieser Einfuhrbeschränkungen auseinanderzulapen. Die Notwendigkeit, die Handelsbilanz aufzuräumen, macht es ihr aber unmöglich, diesen Weg zu beschreiten, und zwingt sie, auf andere Weise zu versuchen, mit den Kartellen fertig zu werden. Sie läßt es dabei, wie ihr Vorgehen zeigt, an Energie nicht fehlen.

Unruhe im Polenbund

Daß die maßgebenden Leute des Polenbundes in einem gespannten Verhältnis zu den oberchleisischen Bundesmitgliedern stehen ist schon lange bekannt. Auch über die Gründe, die zu diesem gespannten Verhältnis geführt haben, ist man nicht nur in Mitgliedertreuen ziemlich genau unterrichtet. Es hat jedoch keine besondere Veranlassung vorgelegen, in der Öffentlichkeit darüber zu sprechen. Auch jetzt, wo diese Spannung einmal nach außen hin deutlich in Erscheinung getreten ist, sei nur das mitzuteilen, was der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ in zwei Berichten aus Oppeln in seinen Ausgaben vom 27. und 28. November mitgeteilt hat. Danach fand am 24. November in Oppeln eine Tagung des Landesverbandes I des Polenbundes (Schlesien) statt, an der etwa 150 Delegierte und 200 Vertrauensleute und Gäste teilnahmen. Die Versammlung offenbarte große Unzufriedenheit mit der Zentrale des Polenbundes im Oppelner Schlesien, der die Versammelten starken Ausdruck gaben. Außer dem Vorsitzenden des schlesischen Landesverbandes des Polenbundes, Pfarrer Koziolek, war von dem bisherigen Vorstand und der bisherigen Leitung des Bundes niemand erschienen. Da, diese Stelle befüllte sogar die gegenwärtige Tagung als nicht satzungsgemäß. Trotzdem wurde die Tagung sehr zahlreich besucht. Vorbereitet wurde... von der jungen Generation der polnischen Intelligenz im Oppelner Schlesien, die bisher, wie behauptet wird, in Fragen der polnischen Politik im Oppelner Schlesien von der Leitung ferngehalten wurde.“ Auf der Tagung erklärte der 80jährige Pfarrer Koziolek, der 13 Jahre lang das Amt des Vorsitzenden des Landesverbandes I des Polenbundes verwaltet hat, seinen Rücktritt; er wurde, wie es in dem Bericht des Krakauer Blattes heißt, „einstimmig unter lärmlichem Jubel zum Patron des schlesischen Landesverbandes gewählt.“ Der bisherige Landesverbandsvorstand wurde für abgelehnt erklärt; dem bisherigen Leiter des Landesverbandes, Tabernacki, wurde das Misstrauen ausgesprochen. Dann wurde ein neuer Vorstand gewählt, der sich aus folgenden Leuten zusammensetzt: Vorsitzender Rechtsanwalt Dr. Pawł Kwoźczak-Oppeln, Stellvertretende Vorsitzende die Bankwirte Karaczak und Wentus, Schriftführer Zawozniak, Schatzmeister Wilczek. Das Krakauer Blatt stellt hierzu

fest: „Der neue Vorstand setzt sich ausschließlich aus gebürtigen Oberschleslern zusammen, und zwar aus polnischen Intellektuellen, Landwirten und Arbeitern. Dielem Vorstand kann niemand mehr den Vorwurf machen, daß er sich aus Leuten zusammensetzt, die dem Oppelner Schlesien von der Berliner Zentrale des Polenbundes aufgezungen worden sind, und daß er das Oppelner Schlesien nicht genau kennt, die Pöde und die Seele des oberchleisischen Volkes nicht versteht, und mit den besonderen Verhältnissen, unter denen die schwierige regionale soziale Arbeit zu leisten ist, nicht rechnen wird.“

Dann geht das Blatt auf die Gründe für die Unzufriedenheit der oberchleisischen Polenbundesmitglieder mit ihrer bisherigen Landesverbandsteilung ein. Da es nach der Teilung in dem bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens eine einheitliche Intelligenz nicht mehr gegeben habe, habe der Polenbund an die Spitze seiner dortigen Organisationen und Einrichtungen Leute aus Westfalen, Berlin oder Ostpreußen stellen müssen. Das sei damals verständlich und richtig gewesen. In den letzten zehn Jahren aber habe sich eine Schaar junger Intellektueller, die in Oberschlesien beheimatet sind, Rechtsanwält, Ärzte, Beamte usw. herausgebildet. Die bodenständige junge Generation habe bisher an der Leitung des Bundes keinen Anteil und auf seine Politik keinen Einfluß gehabt. Seit einigen Jahren habe im Lager dieser jungen Intelligenz Unzufriedenheit mit der Leitung des Polenbundes geherrscht, die zu wenig Fühlung mit den oberchleisischen Bundesmitgliedern besitze und zu bürokratisch arbeite. Es habe auch nicht an persönlichen Mißverständnissen und Streitigkeiten gefehlt.

Das Krakauer Blatt macht dann die Polenbundesleute zur Einheit: Im Oppelner Schlesien müsse „in dem vom deutschen Lager schrecklich bedrohten polnischen Lager“ größte Harmonie und Eintracht herrschen. Die Stimmen einiger Mißvergnügter, die überall das destruktive Element seien, müßten zum Schweigen gebracht werden. Der neue Vorstand müsse im Interesse der Sache alles tun, um weitere innere Streitigkeiten und Kämpfe zu vermeiden. Der Artikel schließt mit einer Serenade über „das schreckliche Schicksal“ der Polen in Deutschland im allgemeinen und der Polen in Oberschlesien im besonderen.

Ostland-Chronik

Deutsch-polnische Zusammenkünfte

In Erweiterung des seinerzeitigen Besuchs einer größeren Gruppe von Hilerlingen in Polen trafen am 6. Dezember 70 Mitglieder polnischer Jugendverbände und 33 Angehörige des Krakauer Jugendzentrums in Berlin ein, wo sie am 8. Dezember im Deutschen Rundfunk auftraten. Am 11. Dezember sprach in Berlin auf Einladung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas der polnische Philosoph Professor Marian Bzichowski aus Warschau über das Thema „Graf Sigmund Krafiniski als Denker und Dichter.“ An der Hundertjahrfeier der deutschen Eisenbahn in Nürnberg nahm auch eine Abordnung polnischer Verkehrsleute unter Führung des Verkehrsministers Bokowski teil. Die Abordnung benutzte die Gelegenheit, die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete des deutschen Verkehrswesens zu studieren. Die durch den deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag geschaffenen beiderseitigen Regierungsverhältnisse traten in der ersten Dezemberhälfte in Berlin zu ihrer ersten Botsprechung zusammen. Am 8. Dezember fand in Danzig ein Konzert statt, das gemeinsam von Danziger und polnischen Künstlern ausgeführt wurde. Es war dies das erste Gemeinschaftskonzert dieser Art. Auf Danziger Seite wirkte die Gattin des Senatspräsidenten Greiser mit, die als Pianistin unter dem Namen Maria Kössler bekannt ist. Von polnischer

Seite gastierte das Warschauer Philharmonische Orchester unter Leitung Witkomirski. Der Reinertrag des Konzertes, das ein großes gesellschaftliches Ereignis für Danzig war, floß dem Danziger Winterhilfswert zu.

„Das Verhängnis des Professors Schmidt“

Voller Freude zeigt der „Kurjer Poznański“ das Erscheinen eines neuen Romans von einer gewissen Marie Rudnicka unter dem Doppeltitel „Solace Germania“ oder „Das Verhängnis des Professors Schmidt“. Der Roman, schreibt das ostdeutsche Blatt, habe „eine sensationelle, lebhaft und interessant verlaufende Handlung“. Ueber den Inhalt des Romans macht das Blatt folgende Angaben: Der Held der Handlung sei ein hervorragender deutscher Chemiker, der gegen seinen Willen veranlaßt wird, ein gefährliches Giftgas zu erfinden. Die Personen, die Professor Schmidt entführen und zur Arbeit zwingen, gegen die sich seine Gefühle empören, begien überraschende Pläne einer deutschen Offensive gegen die Nachbarn und bereiten die Vernichtung der Bevölkerung der Nachbarländer vor. Abgehen von seinem sensationellen Inhalt, bewege der Roman, auf die im deutschen Volk herrschenden Stimmungen aufmerksam zu machen; der Wan eines Vorgefallens lasse dort alles andere hinter diese führenden Idee zurücktreten. Die Handlung des Romans spiele, wie die Verfasserin in der Einleitung bemerkt, in der dem Hervortreten der Hitlerbewegung vorangehenden Zeit. Der Roman sei in sorgfältiger

glattem, fließendem Stil und in korrekter Sprache geschrieben. Das Buch bietet eine angenehme unterhaltende Lektüre.

Diesen Angaben des „Kurjer Poznanski“ nach zu urteilen, scheint die Verfasserin des Romans über eine Phantasie zu verfügen, die sich an den üblichen Erzugnissen der Hintertreppeliteratur längst vergangener Zeiten erhebt hat. Aber vielleicht ist „Das Verhängnis des Professors Schmidt“, da es ja von einem führenden Endeblatt (so warm befürwortet wird, für ein polnisches Völkchen gerade deshalb die geeignete „geistige Kost“). Das literarische Niveau der Polen interessiert in Deutschland nur wenig. Nicht gleichgültig aber ist es, wenn Deutschland wie es offenbar in diesem Falle wieder geschieht, durch eine verlogene und gegenstandslose Fabel beschimpft und verächtlich wird. Daß die Handlung um einige Jahre, also in die Zeit vor der Wachtregreißung durch den Nationalsozialismus, zurückverlegt worden ist, ist nur als ein sehr durchsichtiges satirisches Manöver der Verfasserin anzusehen, die anscheinend geglaubt hat, auf diese höchst einfache Weise ihr Geistesprodukt als dem deutsch-polnischen Volk nicht widersprechend firmieren zu können. Die Spekulation ist genau jo primitiv und verlogen, wie es der ganze Roman zu sein scheint.

Jesuitische Volksverhetzung

Einen besonders trassen Fall jesuitischer Volksverhetzung haben in letzter Zeit die oberschlesischen Deutschen erlebt. Dort „predigte“ der aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesene Jesuitenpater **Altmann** von der Kanzel der Königshütter St. Barbara-Kirche herab gegen Deutschland und den Nationalsozialismus. Am 29. November gab Altmann in dieser Kirche seine letzte Vorstellung. Zu seinem persönlichen Schutz waren in der Kirche Feuerwehrmänner und in der Umgebung der Kirche Polizeimannschaften postiert. So gesichert, begann der Jesuit wieder mit seinen Sympetrien, nachdem er einleitend bekanntgegeben hatte, daß etwaige Störungen für die deutschen Katholiken in Polen verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen würden. Trotz dieser unverkündeten Drohung mit Repressalien von Seiten der polnischen Behörden, mit denen sich Altmann offenbar vorher in diesem Sinne verständigt hatte, stieg die Unruhe in der Kirche von Minute zu Minute. Da nahm dieser gelehrige Schüler des Ignaz von Loyola seine Zuflucht zu einem hinterhältigen Manöver. Er gab bekannt, daß während seiner Predigt auch Vortragsübungen zu Fuß stattfinden. Tatsächlich meldete sich daraufhin ein junger Deutscher zu Wort und forderte Altmann auf, sich an Gottes Wort zu halten und in der Kirche keine Politik zu treiben. Er merkte zu spät, daß er von dem Jesuiten in eine Falle gelockt worden war. Die zu dessen Schutz anwesende Feuerwehr nahm den jungen Deutschen als „Ruhestörer“ fest und mit ihm noch ein Dutzend anderer Deutscher, die von einigen alten Weibern als Kundgeber denunziert wurden. Altmann beschimpfte von der Kanzel herunter die seligenkommenen Deutschen. Diese wurden von den Feuerwehrleuten vor der Kirche der Polizei übergeben, einem Verhör unterzogen, dann aber wieder freigelassen. Das Auftreten des Jesuiten Altmann ist die sicherste Methode, jeden volksbewußten Deutschen zu einem Feind der katholischen Kirche zu machen.

Deutsche Bühne Posen gegründet

Die Posener Deutschen sind jetzt daran gegangen, sich in der Wojewodschaftshauptstadt eine eigene Bühne zu schaffen. Bis zur Errichtung eines Theatergebäudes sollen die Vorstellungen in der „Grobenloge“ stattfinden. Die aus Laienspielern bestehende Schauspieltruppe stellte sich am 3. Dezember mit der Aufführung des mythologischen Spiels von Otto Bräuer „Das Erbe“ vor. Spielleiter ist Günther Reiffert. Damit hat das deutsche Kunstleben im abgetrennten Gebiet eine neue Bereicherung erfahren. Neben den deutschen Laienbühnen in Bromberg, Thorn usw. ist durch die hervorragenden Leistungen ihrer Laienschauspieler besonders die Deutsche Bühne in Bromberg bekannt geworden, die während der Saison regelmäßig mit zahlreichen Vorstellungen auch in die Provinz hinausgehen. In Kattowitz-Königsütte besteht die Deutsche Theatergemeinde, die das

Oberschlesische Landestheater in Oppeln mit der Beteiligung der oberschlesischen Städte (Oper, Operette und Schauspiel) beauftragt hat. Bieleck besitzt noch aus österreichischer Zeit seine eigene Bühne, ein eigenes Ensemble arbeitet dort mit Schauspiel und Operette.

Ein Opfer des Gragnyffilems

In Schleifengrube (Oberschlesien) hat der Selbstmord eines deutschen Arbeitskameraden, des früheren Hüttenmeisters der Guldotohütte Heinrich Bagel, großes Aufsehen erregt. Im Zusammenhang mit der Stilllegung der Guldotohütte wurde Bagel entlassen; ein einige Monate vorher eingestellter polnischer Beamter aber verblieb auch nach der Stilllegung der Hütte im Amt und nahm den Posten Bagels ein. Bagel war 58 Jahre alt, 42 Jahre lang hat er im Dienst der Guldotohütte gestanden. Trotzdem wurden seine Pensionansprüche abgewiesen. Diese infame Behandlung durch die Gragnyffilems nahm sich der deutsche Arbeitskamerad jo zu Herzen, daß er freiwillig aus dem Leben schied.

Spah oder Scheibe?

Vor einem polnischen Gericht standen vor kurzem einige jugendliche Polen, die an einer deutschen evangelischen Kirche die Fensterhebeln eingeworfen hatten. Der polnische Richter, der diesen Fall zu behandeln hatte, identete den Auslagen der Angeklagten Glauben, wonach die von ihnen geworfenen Steine gar nicht den Fenstern der Kirche, sondern den Spagen auf dem Dach gegolten haben sollten. Diese famose Entdeckung, daß die Fenster jo ganz zufällig getroffen wurden, hat anscheinend auch auf andere polnische Spagenhänger sehr anregend gewirkt. Denn in letzter Zeit hat sich eine ganze Reihe von Fällen ereignet, in denen an deutschen Kirchen oder auch Wohnhäusern die Fenster eingeschlagen wurden: In Tremsen flog während einer Trauung in der evangelischen Kirche ein Stein durchs Fenster und fiel gerade vor dem vor dem Altar knieenden Brautpaar nieder. Dabei ging eine alte handgemalte Scheibe in Trümmer. In Bromberg ereigneten sich in letzter Zeit vier Steinattentate auf evangelische Kirchen und dazugehörige Gebäude, das letzte Anfang Dezember auf das evangelische Gemeindehaus und das benachbarte Pfarrhaus in Schmeddenhagen. Besonders schlimm ging es in Groß-Börsdorf bei Thorn zu, wo in der ersten Dezemberwoche an der evangelischen Kirche 39 Fensterhebeln eingeschlagen und dann das Pfarrhaus, das deutsche Klassenzimmer der öffentlichen Schule, eine deutsche Gastwirtschaft und schließlich die Wohnungen des evangelischen Kirchendiener und eines deutschen Handwerkers in ähnlicher Weise heimtückisch wurden. In diesem letzteren Fall hat sich die polnische Polizei der Ermittlung der Täter tatkräftig angenommen, und der Starost des Landkreises Thorn sprach dem deutschen Geistlichen wegen dieser Vorkommnisse sein Bedauern aus.

Auszeichnung eines polnischen Gelehrten

Dr. Tadeusz Zieliński, Honorarprofessor der Josophubstanz-Universität in Warschau, wurde zum Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften in Berlin gewählt.

Prof. Bartel hat die Nase voll

Der ehemalige Ministerpräsident Bartel, der sich vor Jahren wieder in die Gelehrtenkute zurückzog, hat im logistischen „Robotnik“ nachstehende Mitteilung veröffentlicht: „Auf indirektem Wege habe ich erfahren, daß sich gewisse Warschauer Zeitungen für meine Person interessieren haben und mir irgendwelche politischen Pläne unterschieben. Im Zusammenhang damit beehre ich mich, um die Aufnahme folgender Erklärung zu bitten: Ich stehe außerhalb des politischen Lebens, ich bin kein Pensionär, der die Rückkehr zu öffentlichen Arbeiten erhebt und sich aus diesem Grunde dem hochgeschätzten Publikum in Erinnerung bringt. Ich habe die Möglichkeit einer ehrlichen Arbeit, die wirkliche Fähigkeiten erfordert, und ich fühle mich wohl dabei.“

Unterstützung des Sowiefflamms

Das polnische Unterrichtsministerium, das seit der letzten Regierungsumbildung vorläufig von Professor Chłapinski verwaltet wurde, ist jetzt endgültig neu

ästhetischen Anwendung als einer sozialpolitischen Ueberlieferung entkriegen zu sein scheint, wieder rückgängig machen. Das einzige Ergebnis der Aktion war, daß die Arbeitslosen ihre 3. Lohn zahlenden Erdölwerke wieder neu graben und herrichten mußten. Uebrigens wollte es nachher keiner gewesen sein: Die einzelnen städtischen Stellen haben sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe.

Eine Pilsbuds-Nummer der „Polozne Littérature“

Die in mehreren Sprachen erscheinende polnische Propagandazeitschrift „Polozne Littérature“ hat vor kurzem eine dem Andenken Pilsbuds gewidmete Nummer herausgegeben. Als Mitarbeiter treten ausschließlich Ausländer auf. Der Journalist „Czas“ hat sich mit dieser Nummer am 4. Dezember kritisch auseinandergesetzt. Die Beiträge, schreibt das Kraftwerk Blatt, seien nur Subtelien, Geschrei von Weuten, die das Wort hier zu ergreifen wohl nur deshalb beantragen konnten, weil sie einst in irgend einem fernen Lande Ministerpräsident oder Gouverneur von Madaira gewesen seien. Man weiß wenigstens, wen die Schuld trifft. Der Redakteur der „Polozne Littérature“ ist gewiß nicht nach allen Ländern Europas gereist um Artikel zu erhalten. Bei der Zusammenstellung dieser Nummer haben also unsere auswärtigen Vertretungen, deren Presseferenten, mitgearbeitet. Sie haben in sehr verschiedener Weise gearbeitet. Es gibt 3 B. keinen einzigen deutschen Artikel. Keinen einzigen. Kann man annehmen, daß ein Land, das das Andenken des Marschalls bei seiner Beerdigung so schön geehrt hat, jetzt Schweigen beobachtet? Die Deutschen könnten viele interessante Dinge über den Marschall sagen, sicherlich mehr als drei Portugiesen, die in dieser Nummer das Wort ergreifen haben, mehr als der ehemalige spanische Ministerpräsident Verrour, dessen Gedanken über den Marschall für ganze 13 Zeilen ausgereicht haben, mehr auch als ein bekannter Kriegsmilitarist dieses Landes, der alles in 5 (in Worten: fünf) Zeilen zum Ausdruck gebracht hat. Wie kommt es“, fragt der „Czas“ dann, „daß diese beiden Staaten vertreten sind, die leider nicht Interessantes über den Marschall gesagt haben, wie kommt es, daß aber die Deutschen und die Russen fehlen? Vielleicht hat unser Presse-Attache in Berlin (Dr. Kitzler) es für überflüssig gehalten, sich um Artikel zu bemühen; sein Posten ist ja so „nützlich! Vielleicht haben die Presse-Attaches in Portugal und Spanien weniger mit ihrer Unabhängigkeit in einer Zeit geredet, wo man von der Beschränkung der Auslandsposten spricht, und beschloßen, ihre Aktivität und Unentbehrlichkeit zu beweisen.“

Die Forderungen der Unbo

Im Warschauer Ggim meldete der Vorsitzende des ukrainischen Klubs, Wjsemarshall Mudry, die Forderungen an, die die Unbo an die polnische Regierung zu stellen hat: 1. Vergeltung der polnischen Großgrundbesitzer in den ukrainischen Gebieten an ukrainische Zwerghauern und Landlose; 2. Einstellung der polnischen Kolonisation in den ukrainischen Gebieten; 3. Aufrechterhaltung öffentlicher ukrainischer Schulen; 4. Zulassung von Ukrainern zum staatlichen und kommunalen Dienst; 5. Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg; 6. Amnestie für politische Vergehen und Aufhebung des Konzentrationslagers in Berega Kartuska.

Memelländische Kinder dürfen nicht zur Schule nach Litff

Die litauischen Grenzbehörden haben vor einiger Zeit den memelländischen Kindern den Grenzübertritt zur Schule nach Litff gesperrt. Nur Kindern reichsdeutscher Eltern wird der Gang zur Schule über die Grenze noch gestattet, während einige Dutzend anderer memelländischer Schüler und Schülerinnen aus Uebermüde, Pögegen und den umliegenden Drifkassen durch die Verfügung vom Besuch der reichsdeutschen Schule ausgeschlossen sind.

Neue deutschbewußte Zeitschrift in Ungarn

Da sich die Führungsoverhältnisse im ungarländischen Deutschtum zu klären beginnen, kann wieder eine erneute Aktivität einengen. Diese geht von der gesamten geschlossenen

Führerschaft aus, die im Sinne der Ueberlieferungen Blegers und im Geiste des deutschen Landvolkes ihre eindeutige völkische und staatliche Genennung im „Deutschen Volksboten“, Berichte über Kultur, Politik und Wirtschaft“, zum Ausdruck bringt. Diese Zeitschrift, als deren Herausgeber Univ.-Prof. Dr. Richard Hüß und als deren verantwortlicher Schriftleiter Dr. Georg Goldschmidt erscheinen, erscheint fünfwöchentlich und kostet 1 Bogen 1/2 Schilling. (Schriftleitung und Verwaltung: Budapest VIII, Baross utca 98. u. 7.) Auf den letzten der ersten Nummer bringt sie neben Berichten vor allem grundsätzliche Aufsätze, die nach langer Zeit wieder als die ersten gedruckten Äußerungen deutschbewußter Genennung zu werten sind. —H—

Deutsches Eichendorff-Museum

In Reisse (Oberfranken) wurde am 29. November das Deutsche Eichendorff-Museum eröffnet. An der Feier nahmen die Nachkommen des großen Romantikers als Ehrengäste teil: die Enkelin des Dichters, Margarete Freiherrin Sedwizg-Eichendorff, und deren Tochter, Frau Rachel-Schleib, ferner Frein von Eichendorff-Hünern und Gräfin Strachwitz, geb. von Eichendorff, Oberpräsident Gauleiter Wagner vollzog den Weiheakt. Das Museum, das eine große Anzahl bibliophiler Schätze und Eichendorff-Reliquien, größtenteils aus dem Nachlaß des im vergangenen Jahre verstorbenen Oberleutnants a. D. Karl Freiherrn von Eichendorff, enthält, wird von Schriftleiter Tschierke betreut. Das Roemherg der Zeitschrift „Der Oberfranker“ hat Rektor Karl Scobroß zu einem wertvollen Eichendorff-Sonderheft ausgestattet.

Der neue Gauleiter der Bayerischen Ostmark

Der Führer hat den bisherigen stellvertretenden Gauleiter und thüringischen Staatsminister Frik Wächter-Weimar zum Gauleiter des Gaues Bayerische Ostmark der NSDAP und zugleich zum kommissarischen Leiter des NS-Lehrbundes und zum Hauptamtsleiter bei der Reichsleitung der NSDAP ernannt. Als Nachfolger Hans Schemms, des Ermeders der Bayerischen Ostmark, übernimmt Frik Wächter ein verantwortungsvolles, aber dankbares Amt: den wachen Kampfgeist der Grenze im Abschnitt „Ho“-Passau der deutschen Ostfront zu stärken und zu leiten. Frik Wächter, von Haus aus Lehrer, war Mitbegründer des NS-Lehrbundes. Von Dr. Frik wurde er im Jahre 1930 in das thüringische Volksbildungsministerium berufen. Bis auf das kurze Zwischenspiel, das die bürgerlichen Parteien im Jahre 1932 noch einmal in Thüringen gaben, blieb Frik Wächter bis heute in diesem Amt, mit dem er noch das thüringische Innenministerium verbindet. Am 9. Dezember trat Frik Wächter seine neuen Wemter in Baureuth an. Am Grabe seines Vorgängers legte er einen Lorbeerzweig mit der Aufschrift nieder: „Hans Schemm, dem unvergesslichen Apostel Adolf Hitlers, und dem Freunde — Frik Wächter.“

Zwei Ostpreußen-Sonderzüge zu Weihnachten

Zu Weihnachten läßt die Reichsbahndirektion Berlin wieder zwei Sonderzüge nach Ostpreußen mit ermäßigten Fahrpreisen verkehren. Es fahren am Sonntag, dem 21., und Sonntag, dem 22. Dezember, 20.56 Uhr, ab Charlottenburg und 21.52 Uhr ab Schleierhof Bf. und sind 5.05 Uhr in Marienburg, 7.22 in Königsberg und 8.48 Uhr in Insterburg. Die Fahrpreise (nur 3. Klasse) betragen nach Marienburg 18.20 RM, Königsberg 23.20 RM, Insterburg 26.50 RM. Die zwei Monate gültigen Rückfahrkarten sind nur schriftlich mit besonderer, bei allen Fahrkartenausgaben erhältlicher Bestellkarte bei der Fahrkartenausgabe des Bahnhofes Berlin-Friedrichstraße zu bestellen. Die Rückfahrt kann mit allen fahrplanmäßigen Zügen, gegebenenfalls gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge, unternommen werden.

Werbt für „Ostland“!!

Richtigstellung einer polnischen Greuelmeldung

Vor längerer Zeit behauptete sich die Presse in Polen recht lebhaft mit den Maßnahmen der Reichsregierung zur Verhütung erbkrankter Nachkommen in einer Weise, die alle Merkmale üblicher Greuelpropaganda trug. Polnische und jüdische Blätter weitestens in der Verunglimpfung der deutschen Geseßgebung. Vor allem war die Nachricht über angebliche Massensterilisierungen, die unter der polnischen Volksgruppe in Deutsch-Oberbesien vorgenommen worden sein sollten, ein beliebtes Thema dieser Blätter. So versich sich z. B. der „Wieczor Warszawski“ zu folgender Behauptung: „Die zahlreichsten Fälle von Verurteilungen von Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberbesien haben unter diesen eine wahre Panik hervorgerufen und in ihrem Gefolge hat eine Massenflucht dieser Polen nach dem in Ostoberbesien gelegenen Kattowitz eingesetzt.“ Daß all diese Dinge aus der Luft gegriffen waren, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Daß sie aber aus der Luft gegriffen wurden, ist psychologisch insofern interessant, als sich gewisse Kreise in Polen offenbar nicht vorstellen können, daß man derartige Geseße, wie sie Deutschland besitzt, erlassen kann, ohne sie als Mittel zur Ausrottung fremder Volksgruppen zu benutzen. Die Phantasie, die sich an der Erfindung deutschfeindlicher Greuelmärchen beweißt, verrät eigene Wünsche.

Zu dieser Angelegenheit hat nun Anfang Dezember die Polnische Telegraphen-Agentur mit folgender Meldung Stellung genommen: „Anfang August d. Js. brachten einige polnische Zeitungen Meldungen, in denen festgestellt wurde, daß in Oppeln auf Anordnung des Arztes 15 polnische Kinder sterilisiert worden seien. Zur Feststellung der geistigen Entwicklung soll der Arzt den Kindern Fragen wie: „Welcher Unterschied besteht zwischen dem Magen und der Sparsamkeit?“ vorgelegt haben. Der Arzt

soll dann die Kinder als geistig unentwickelt befunden und ihre Sterilisierung angeordnet haben. Wohlige Meldungen wurden durch andere polnische Zeitungen in der zweiten Hälfte des Oktober nachgedruckt, wobei man behauptete, daß das Geseß über die Sterilisierung in den Händen der preussischen Verwaltung ein neues Werkzeug zur Unterdrückung der polnischen Bevölkerung bilde. Der Gehirz des Gesundheitsamtes für die Stadt und den Landkreis Oppeln hat nun festgestellt, daß bis zum Augenblick der Veröffentlichung dieser Meldungen vom August 1935 im Bezirk Oppeln auf Grund des Antrages des beamteten Arztes und der Entscheidung des Erbgesundheitsgerichtes an folgenden vier Kindern infolge ihrer angeborenen geistigen Minderentwicklung die Sterilisierung vorgenommen wurde.“ Es folgt die Angabe der Namen, der Geburtsdaten und der Tage, an denen die Sterilisierung erfolgte. Dann heißt es weiter: „In dem letzteren Fall war der Antrag auf Sterilisierung aus der Mutter gestellt worden. Die beiden ersten Aufgeführten wurden zur Vornahme der Sterilisierung zwangsweise vorgeführt. Keines dieser vier Kinder und auch keiner ihrer rechtlichen Vertreter hat dem Arzt erklärt, daß die der polnischen Minderheit angehören. Derartige Fragen, wie sie in einigen polnischen Zeitungen erwähnt wurden, also z. B. über den Unterschied zwischen Magen und Sparsamkeit, sind selbstverständlich nicht gestellt worden. Es wurden nur Fragen an die Kinder gerichtet, die in den Formularen für die Intelligenzprüfung enthalten sind.“ So weit die Polnische Telegraphen-Agentur. Die polnische Presse hat von dieser Richtigstellung ihrer Greuelmeldungen kaum Gebrauch gemacht. Die Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur hat so ihren Zweck nur teilweise erfüllt.

Sie möchten einen König haben

Im Laufe der Jahre ist in Polen mehrfach von monarchistischen Bestrebungen die Rede gewesen. Hin und wieder wurde auch Marschall Piłsudski mit diesen Bestrebungen in Verbindung gebracht; ob mit Recht oder Unrecht, wird sich schwer einwandfrei feststellen lassen. Im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Ausbau der polnisch-russischen Beziehungen war vor einigen Jahren einmal gerüchelt worden, daß die Rede, daß der Marschall die Mächt habe, aus Polen ein Königreich zu machen. Die Gerüchte verflüchteten bald wieder, und der Marschall ist tot. Aber wie nach 100 Jahren in Frankreich, so gibt es auch in Polen noch Royalisten. Diese Kreise, zu denen wohl einige hochadlige Familien gehören, haben sich in letzter Zeit wieder einmal bemerkbar gemacht, vermutlich unter dem Eindruck der Rückf. von George II. nach Griechenland. Sie besitzen im „Głos Monarchistyczny“ sogar ihr eigenes, allerdings „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ erscheinendes Organ.

In diesem Blatt schrieb kürzlich der bekannte polnische Publizist Romanowski einen Artikel, in dem er die Aufrichtung einer Monarchie gewissermaßen als die einzige Rettung Polens vor dem sonst sicheren Untergang bezeichnet. Wenn wir im Laufe der kommenden fünf Jahre unsere Staatsordnung nicht in eine strenge päpstliche Monarchie verwandeln, wird das Ergebnis eines kommenden zweiten Krieges, diesmal eines richtigen Weltkrieges, unser sogar schmerzliche Einverleibung in den Rätebund sein (?). Die einzige Idee, die uns retten könnte, muß eine vollkommen neue Idee sein. Ein Volk, das einen Zaristen, einen Sigismund, einen Balthasar, einen Sobieski hatte, muß diese der Vergangenheit entreißen. Eine Vereinigung der Tschakowstawei und Litauen mit Polen läßt sich nur bei einer monarchischen Struktur bewerkstelligen, und zwar mit einem Herrscher, der hintereinander in Prag und Warschau residiert und im Sommer auf zwei Wochen das reizende Romo besucht. Der Herzog von Kent oder der Prince of Gloucester (der zweite bzw. der dritte Sohn des Königs von England) werden im Warschauer

Schloß, und die englischen Panzerkreuzer werden in Danzig und Königsberg imponieren.“ Romanowski schließt seine gewöhnlichen Ausführungen mit der Feststellung, daß die „Unbeliebten“, womit er die Royalisten und Obersten meint, ja in den polnischen Zeitungen untergebracht werden könnten, und daß die anderen, denen eine solche Lösung etwa auch nicht passen sollte, ja nach Südafrika oder sonstwohin auswandern könnten.

Etwas nüchterner ist ein in demselben Blatt erschienener Artikel von Wladyslaw Studnicki. Dieser befürwortet eine Monarchie mit einer Regierung, die nicht dem Parlament, sondern dem König verantwortlich ist. Er ist der Meinung, daß das Einparteiensystem überall, wo es zur Geltung gekommen sei, also auch in Polen, bei den Kreisen, die nicht zu der einen herrschenden Partei gehören, monarchistische Regungen auslösen müsse. In Österreich, meint er, sei die monarchistische Regung eine Reaktion auf den nationalsozialistischen Einparteienanspruch (?); und im Deutschen Reich möchten die Gegner des Einparteiensystems gern „ihren Kaiser“ wieder haben (?). Dann schreibt Studnicki weiter: „Wir würden wahrscheinlich den jüngeren Bruder des Königs von Ungarn auf den polnischen Thron erheben, nachdem wir ihn mit der Vertreterin einer vornehmlichen polnischen Familie verheiratet haben.“ Interessant ist, was Studnicki in diesem Zusammenhang über Piłsudski mittelt: „Im Jahre 1917 gab es in Polen fast keine Republikaner. Alle Mitglieder des vorläufigen Staatsrates, Piłsudski nicht ausgenommen, waren Anhänger einer monarchischen Struktur für Polen. Piłsudski verlangte damals die Berufung eines einer fremden Dynastie entstammenden Kindes auf den polnischen Thron, damit dieser kleine Prinz, in der polnischen Atmosphäre erzogen, ein Pole werde.“ Außer in einigen exklusiven Zirkeln dürfte die Frage, wer einmal König von Polen werden könnte, kaum Interesse erwecken.

Titus Filipowicz und die Nationalradikalen

Der ehemalige polnische Vorkämpfer in Washington, Titus Filipowicz, macht in Polen seit einiger Zeit viel von sich reden. Einige Kreise sehen in ihm einen der kommenden Männer. Im Sommer d. J. unterbreitete Filipowicz der Öffentlichkeit ein Wirtschaftsprogramm, in dem er einen radikalen Bruch mit der Deflationsspolitik der Oberstengruppe verlangte. Bei der Regierungsumbildung im Oktober aber drang er mit seinen Plänen nicht durch. Die Regierung Kosciakowski entschied sich für eine Fortsetzung der bisherigen Deflationsspolitik; als deren konsequenter Vertreter gilt Matuszewski, den Filipowicz als einen „unheimlich düsteren Deflationisten“ bezeichnet. Im Verein mit einigen anderen Wirtschaftspolitikern, wie Antoni Bluminski, propagiert Filipowicz mit Hilfe der sog. „Liga der wirtschaftlichen Wiedergeburt Polens“ seine wirtschaftlichen Ideen. Sein Verhältnis zur Regierung Kosciakowski ist nicht ganz klar. Als alter Viludfianhänger steht er, trotz der angeblichen Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen, den regierenden Kreisen nicht fern. Kürzlich hat er mit Kosciakowski eine längere Unterredung gehabt, in der er die tiefen Gedanken der „Liga“ zu gewinnen versucht hat. Etwa zu gleicher Zeit ist in dem Blatt der Filipowicz-Gruppe, den „Nakazy dnia“ („Forderungen des Tages“), ein Artikel erschienen, der sich ausdrücklich zu den antisemitischen Parolen des

nationalradikalen Lagers, also der Gruppe jener jungen nationaldemokratischen Kräfte bezieht, denen die alten Enden nicht aktiv und radikal genug sind. Der Artikel fordert auf „zum Kampf für ein großes katholisches und nationales Polen bis zum Siege der nationalradikalen Idee“. „Natürlich werden wir“, heißt es darin, „indem wir nationalradikale Lösungen finden, unaufhörlich bestrebt sein, durch gewisse Mittel unter nationales Leben vom Einfluß der Juden zu befreien und diesen destruktiven semitischen Ballast über die Grenzen unseres Vaterlandes zu befördern“. Die antisemitische Kampfanlage eines bekannten Angehörigen des Viludfianlagers hat in der polnischen Öffentlichkeit begreifliches Aufsehen erregt. Dieses Lager hat es bisher stets peinlich vermieden, sich irgendetwas programmatisch zur Judenfrage zu äußern; im allgemeinen hat es sich gegenüber den antisemitischen Bestrebungen der Nationaldemokraten schüchtern vor die Juden gestellt. Um so verlässlicher hat die jetzige Stellungnahme der Filipowiczgruppe gewirkt. Auf Seiten der alten Enden weiß man nicht recht, wie man sich dazu einstellen soll. Man glaubt noch nicht ganz an die Aufrichtigkeit dieses neuen Bundesgenossen im Kampf gegen die Juden; man fürchtet vielmehr, daß hier nur Mordlust wird, der Nationaldemokratie eines ihrer wirksamsten Propagandamittel zu nehmen.

Bücher über den Osten

Die Gruppe wohnt in Kaprowa. Von Jakub Kurek. Paul Kupper Verlag, Breslau, 1936. 310 Seiten. Gekleintext. Aus dem Polnischen übertragen von Heinrich Kahl. Diese Erzählung von Kurek, der im Jahre 1934 von der Kaiserlichen Literaturakademie den „Zaatspreis der Jungen“ erhielt, spielt unter den Bauern des Dorfes Kaprowa und den Kleinbürgern einer benachbarten westfälischen Landstadt. Im großen, aberflüchtigen Bildern werden die kaum vorstellbare Armut des polnischen Dorfes, die Wirtschaftskrise eines ländlichen Mittelstandes und die Tragik einer Jugend ohne Zukunft geschildert. Bezeichnend für diese Erzählung eines Vertreters der jüngeren Generation ist die kritische Einstellung gegenüber den herrschenden Gesellschafts- und Regierungszuständen in Polen. Bezeichnend ist aber auch, daß sich die soziale Tendenz lediglich negativ, in einer Kritik an den Zuständen, äußert; sie ist mutlos und ziellos: „Das Leben ist eine mißglückte Angelegenheit. Das einzige, was uns gelingt, ist der Tod ... Da bist ein Strahl Gottes, sagt man zum Menschen, aber in Wirklichkeit weiß jeder, daß er ein fauler Dreck ist.“ Das ist eine Haltung, die wohl das Glück in dem die Wüste des polnischen Volkes zu leben hat, selbst, aber keinen Fortschritt, diesem Elend zu heuern, und von vornherein am Erfolg jeder dahin gerichteten Anstrengung zweifelt. Nur ganz fern steht die Hoffnung auf irgendeine Revolution. Wenn das Polen ist, was Kurek schildert, dann kann einem Haß gegen das Polen. Kureks Erzählung schließt mit folgender Szene: „Der Schlitten des Hieses Kawała, der zu einer sterbenden Bäuerin gerufen wurde, fährt nach Kaprowa, ein Bauer fällt mit tragischer Gebärde dem Pferd in die Hüfte: „Macht uns, Herr, die ich schon gekostet!“ — Nur die Frau? Oder auch Polen? Dr. K.

Das Buch vom Kumpel Josef. Von Viktor Kaluza. Paul Kupper Verlag, Breslau, 1935. 187 Seiten. Preis Leinen 2,15 RM. — Die Szenen dieses Buches sind sehr bald wie durcheinander gewirbelt. Sie sind wie das Leben des Kumpels, das seit der Stilllegung der Grube auch ohne Zweck und Zusammenhang über die arbeitlosen Tage hinführt. Kaluza will ist eigenwillig; seine Sprache ist bei aller Knappheit von harter Wildheit, wenn er in seiner hinführenden Begleitung, in einem unbedeutenden Geschehen, in einem hingeworfenen Satz den Menschen seiner oberflächlichen Dummheit charakterisiert. Wohl selten ist mit wenig Worten das oberflächliche Schicksal so erschöpfend flammend gemacht worden wie etwa in dieser Kumpelerzählung des Kumpels: „Und der Herr wanderte durch die Welt. Da sah er, wie zwei Döselkinder bemüht waren, einen Baum abzuhauen. Er trat hinzu und sagte: was zerrt ihr denn da hin und her? Nimm die Axt und hieb die Erde nicht weiter.“ Dieser den Eufemisteneien des Kumpels verborgene bittere Ernst und steht die Unvernünftigkeit des oberflächlichen Menschen. Denn, so sagt der Kumpel: „Gott verläßt einen Deutschen nicht, auch wenn er etwas polnisch spricht.“ Dr. K.

Das vergessene Dorf. Vier Jahre Sibirien. Ein Buch der Kameradschaft. Von Theodor Krüger. 51.—70. Tausend. Propyläen-Verlag, 1931. 287 Seiten. Preis 5.— RM. — Volle Spannung verleiht man diesen ungewöhnlich Erlebnisbericht eines Anhängers des Nationalismus, welches ist vielleicht aus der Erinnerung heraus romanhaft nachgeklaut. Manches wirkt vielleicht auf einen Leser, der in der gefährlichen Verhängnis seines Lebens ein wenig empfindsam geworden ist, unverständlich und faul. Manches, was Krüger als ganz selbstverständlich schildert könnte man vielleicht verurteilen, man muß nicht müde, daß Sibirien seine eigenen Wälder hat. Als angeblicher deutscher Zionist zum Tode verurteilt, wird Krüger vorläufig zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verbannt. Dieses „vorläufig“ steht jahrelang als ständige Drohung über seinem Schicksal. Als Schwerverbrecher an Zeiten geschmiebt, lernt er die sibirischen Indus-häuser kennen. Später lebt er in halber Freiheit in einem kleinen verlassenen Städtchen Tschibirsk. Er wird ein Freund der russischen Beamten, ein Wohltäter der russischen Bauern, ein Kamerad der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die dort in einem der verlassenen Ganger- und Zerkowaner untergebracht sind. Ausgerechnet werden die Menschen geschribt, lebendig erstickt das Bild der sibirischen Landschaft. Tüfter und leidvoll sind die Schicksale, die sich in dem ewigen Schneien der endlosen Taiga vollziehen, aber leuchtend stehen über ihnen das Döner der Kameradschaft und die Sehnsucht nach Deutschland. Selbst ist die Gestalt des tatarischen Wäldchens an der Seite des Deutschen, phantastisch die Entdeckung des Hebräertrübsamer uralten Kultur aus der Zeit, da die Dämonen über Asien herrschten. Dort und blüht in der Wüste zur Selbstbegegnung, der die Verurteilung dieses angestrichenen Mannes herrlich greulich und schrecklich die Natur, der sie untertan sind. Unter den deutschen Schriftsteller, die vom großen Krieg erzählen, ist Theodor Krüger mit diesem Buche an eine der ersten Stellen gestellt. Dr. K.

Kalender des Deutschums in Polen. Von den Kalendern, die von den alten Organisationen der Deutschen in Polen herausgegeben worden sind, ist vor allem der „Landwirtschaftliche Kalender“ aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, der bereits im 17. Jahrgang erscheint, (Herausgegeben vom Verband deutscher Genossenschaften in Polen, Verlag: Landwirtschaftliche Zentralmodenblatt für Polen, Polen, 1922 Seiten. Preis 1,80 RM.) einen Rückblick auf das Jahr 1935 und einer Erneuerung an Willkürlichen Versuche und Erörterungen über das volkspolitische, kulturelle und kirchliche Leben der Deutschen in Polen, unter denen besonders zwei Arbeiten von Dr. Kurt Vöhl über den Sinn der deutschen Erneuerung und über deutsche Arbeit in Polen zu nennen sind. Ausgesehen wird natürlich das deutsche landwirtschaftliche Organisationswesen herauszuheben und die für Arbeit und Arbeit bekämpften ein. Die umfangreiche Aufzählung der deutschen Organisationen, der

zu fördern, Tadel und Kafendarien ist vor allem auf die Bedürfnisse des Bauern zugehtitten. Der „Deutsche Demabote in Polen“ erscheint im 13. Jahrgang (Zerfallsliaun: Alfred Roate, Verlag Kosmos Sp. o. o., Polen, Al. Mariz, Willibullstg. 28, 170 Seiten). Der Demabote bietet viel unterhaltenden Stoff, es sind meist oberflächliche Schriftsteller, die da Wort kommen (Kreiser, Karalich, Panosier u. a.). Einige einschlägliche und wissenschaftliche Themen (Hanswerl, Bauerhof, Kalkstein) werden ebenfalls behandelt. Die Zeitschrift „Der Welt: behandelt, den realistischen Teil der Baude mit vom Jahresbericht, den Organisationen, Verbänden und sonstigen Nachweisen in Anspruch genommen. — Zum 10. Male eröffnet der „Jugendgarten“, ein Jahrbuch für die evangelische Jugend in Polen (Herausgegeben von Al. Hilde und Richard Rammel, Zuhverberg in Polen St. Rataleza 20, Preis 0.60 Slon). Ein kleines Bändchen von 61 Seiten Umfang erzählt von dem Leben der polnischen Jugend. — Der „Polenbote“ des deutschen Saenen und Märchenlandes, ein Unter das Kalenders des Deutschlands in Polen nimmt der der Jundendeutschen Partei untre dem Titel „Arbeit und Ehre“ herausgegebenes Jahrbuch für das Deutschland in Polen eine besondere Stellung ein. (Verlag: Deutsche Nachrichten, Polen, 100 Seiten.) Der unterhaltende und rein kalenderartige Stoff (Jahrmärkte, Transmigrationsfeste usw.) tritt hinter den volkstümlichen und politischen Inhalt zurück. Auch der Jahrbuch der polnisch-österreichischen Arbeiterbewegung „Die Zeit“ stellt sich als ein gründerfülltes Verörterungen über die nationalpolitische Lebensauffassung im Auslandendeutschum, über wirtschaftliche Deutschumfragen, über die Aufgaben der jungen Generation, über die Stellung der Frau, über die Juden und andere Themen, die für die Deutschen außerhalb des Reichs keine geringere Bedeutung als für die Deutschen im Reich bezeugen. Evident und bewußt ist dieser Jahrbuch ein politisches Organ, welches die Interessen des Deutschums in Polen gefühlvoll, seit 1924 hat sich mit ihm die wirtungsvolle Allianz für ihre weltanschauliche Auffassungen arbeit geschlossen. Das auch im Reich Beachtung finden sollte.

[illegible]

Dr. K.

Die Freiheit des Kolja Iwanow. Roman von Friede
D. Krage. Verlag E. Bertelsmann, Göttersloh, 1905, 11.—20.
Zufland. 370 Seiten. Ganzleinen 2,85 RM. — Der Sohn eines
Feldbegleiters wird im Laufe des Waisentums erzogen, lebt fast völlig
in den Kreis der Herren hinein, ohne den Zusammenhang mit der
unteren Schicht zu verlieren; er studiert und macht sich als Arzt
einen Namen, um schließlich auf die äußere Freiheit wieder zu

verzehnten und, innerlich frei, in die Feilschungskämpfe zurückzukehren. Die Schilderung des Milieus und der feilscher Vorgänge ist nur teilweise gelungen. Daher wirken die Menschen, die hier auftreten, mißunterwerst und krankhaft. Der Versuch, russisches Leben nach großen Vorbildern zu tippen, kann nicht als glückselig bezeichnet werden. Man braucht nur einige Seiten aufzulesen, um zu sehen, um was das Unbedeutende dieses Buches geht. Die russische Literatur ist nicht so reich an großen Romanfiguren, wie die deutsche. Die russische Literatur ist nicht so reich an großen Romanfiguren, wie die deutsche. Die russische Literatur ist nicht so reich an großen Romanfiguren, wie die deutsche.

Dr. K.

Das junge Danzig. Verlaß, Albert Pangen / Georg Müller,
München, 1935, 54 Seiten, Preis frankiert 1.80 —, gebunden
2.50 —, 8.8. — Junge Danziger Dichter kommen in diesem
Bändchen, zu dem Aufkäuferator West ein Geleitwort ge-
schrieben hat, zu Wort. Mit Recht heißt es im Untertitel:
"Geheime einer deutschen Gemeinschaft." Nicht, Redern,
sie find in der Dichtung. Dichter der Welt. In der
den Altklasmus unserer Zeit. Spornum und diszipliniert find sie
in der Wahl ihrer Worte. Die find für sie nicht da, um Stim-
mung zu machen, sondern um Ausdruck eines Willens zu sein.
Die Strophen find nicht auf die winzige Wichtigkeit der Verion
abgestellt, sondern auf das Schicksal einer Gemeinschaft: Das
ist die Aufgabe eines Dichters. Wir mögen fallen. Die Rabne frist.
Wir mögen verhungern. Niemolens Tauschland um uns.
Gewiss und groß. — Pr. K.

Dr. K.

Wandkalender. Der Durch die Mannigfaltigkeit des Inhalts und die Schönheit der Ausstattung zeichnet sich wiederum der seit einer Reihe von Jahren erscheinende „Kalendar der Kunst und Kultur“ und „Kunst und Kultur“ für 1934 aus. Der Preis 120 Markbildungen wirken auf den Betrachter wie ein Gang durch Kunst- und literarische Wunder. Archäologen, Zoologen, Ökonomen, besetzen den Inhalt. (Kadewitsch, Verlagsgesellschaft Wissenschaft, Gmünd, Potsdam, Preis 125,- M.). — Der von Carl Lange herausgegebene „Krieg und Frieden“ für das Jahr 1934, in dem sich der „Krieg und Frieden“ der Gegenwart mit der Vergangenheit verbindet, ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf sich zieht. (Kadewitsch, Verlagsgesellschaft Wissenschaft, Gmünd, Potsdam, Preis 125,- M.). — Der von Carl Lange herausgegebene „Krieg und Frieden“ für das Jahr 1934, in dem sich der „Krieg und Frieden“ der Gegenwart mit der Vergangenheit verbindet, ist ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Leser auf sich zieht. (Kadewitsch, Verlagsgesellschaft Wissenschaft, Gmünd, Potsdam, Preis 125,- M.).

Persönliches

Geburtslage: Gottlieb Reich, Frankfurt (Oder), am 5. 12. 92 J. (R. war Feldzugteilnehmer von 1806 und 1870/71); Eduard Schult, Charlottenburg, Berliner Str. 128, fr. Bromberg (dozt Vefister des Reichsfanzler*) am 17. 12. 80 J.; Poftaffizient August Roat, Gubrau, fr. Polen, am 21. 10. 75 J.

Gestorben: Rätbe Kleemann in Posen am 21. N., 61 J.
(Gl. war bis zu ihrem Tode beim evangelischen Konsistorium in
Posen angestellt.)

Arier-Nachweis aus Polen

Beschaffung sämtlicher
Dokumente **sofort u. billigst**

Richard Schulz
Poznan, Rybak17

Zum Fest 
den
„Österreichischen
Heimattalender
1936“!

An Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrkraße 46
 Ausschneiden! Als Drucksache für 3 Bq. senden!

Bestellformate

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimattkalender 1936“

zu 0.90 RM. und 0.15 RM. Porto je Stück.

Begleichung erfolgt durch **Voreinsendung** des Betrages auf Postkasskonto Berlin Nr. 65839 — durch **Nachnahme**. (Nichtzutreffen des durchstreichen.)

Name: _____

Wohnort und Straße:

WDO-Mitglieder erhalten bei Zahlung der Beiträge bei ihrer Ortsgruppe für 0,60 DM je Stund.



Ostland



**Halbmonatsschrift
für den gesamten Osten**

Inhalt: S. 97: Wiedernäherung Polens an Frankreich / S. 98: Memel, Litauen und die Mächte / S. 100: Das nationaldemokratische Erbe / Deutschfeindliche Ausrichtungen in Polen / S. 102: Die Organisation der polnischen Jugend
S. 103: Ostland-Chronik / S. 105: Die Verfassung vom 23. April / Die Staatliche Akademie für praktische Medizin in Danzig
S. 106: Die Hochschulen Ostdeutschlands / Die deutschbaltische Jugendbewegung in Ostland / S. 107: Zuckerrüben in der
mittleren Ostmark / S. 108: Das obersteilische Abstammungserinnerungsabzeichen / Buchbesprechungen

